

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüzingrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüzingrün, Wildenthal usw.

Erkhebt täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

80. Jahrgang.

Nr. 269.

Mittwoch, den 19. November

1913.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

An den letzten 4 Sonntagen vor Weihnachten, d. i. am 30. November, 7., 14. und 21. Dezember 1913 ist der Geschäftsbetrieb in allen offenen Verkaufsstellen — an Orten, wo ein Christmarkt abgehalten wird, an dem in diesen hineinfallenden letzten Adventsonntag auch auf Straßen und Plätzen — und die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den dazu gehörigen Handelsgewerben während 9 Stunden, und zwar in der Zeit von 11 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Nachmittags, für den Handel mit allen Nahrungsmitteln und Genussmitteln und Materialwaren, sowie für den Kleinhandel mit Heizungs- und Beleuchtungsmaterial überdies von früh 7 bis 9 Uhr, allenthalben unter Ausschluss der Zeiten des Vor- und Nachmittagsgottesdienstes (nicht Abendgottesdienstes), gestattet.

Die königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg

und die Stadträte zu Aue, Eibenstock, Löbnitz, Neukädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, am 17. November 1913.

Das im Grundbuche für Eibenstock Blatt 1318 auf den Namen des Kaufmanns Carl Georg Kessler eingetragene Grundstück soll

am 7. Januar 1914, vormittags 10 Uhr

an Gerichtsstelle — im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden. Das zwischen der Schul- und Nordstraße gelegene Grundstück ist nach dem Flurbuche 8, Nr. 90 groß und ohne den darin aufgestellten Stückmaschinen — die nicht Zubehör des Grundstücks sind — auf 39013 Mk. 90 Pfg. geschätzt einschließlich der Dampfmaschinen, elektrischen Lichtanlage und des Schornsteins. Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 30. August 1913 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Eibenstock, den 5. November 1913.

Königliches Amtsgericht.

Die Gemeindesteuerordnung für Eibenstock

vom 1. März 1909 und der erste Nachtrag hierzu vom 3. März 1913 sind von der königlichen Kreisauptmannschaft Zwickau weiter für die Dauer des Jahres 1914 genehmigt worden.

Stadttrat Eibenstock, den 17. November 1913.

Donnerstag, den 20. November 1913, nachm. 2 Uhr

sollen in Heibigs Restaurant hier 1 Klavier, 1 Vertiko, 1 Spiegel meistbietend gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden. Eibenstock, den 17. November 1913. Der Ratsvollzieher der Stadt Eibenstock.

Geschow und Danews Schuldkonto.

In einer öffentlichen Rede machte der bulgarische Minister des Auswärtigen, Ghenadiew, bemerkenswerte Enthüllungen über die Fehler der bulgarischen Diplomatie im Balkankrieg. Es wird dazu aus Sofia gemeldet:

Die Ursache des schweren Mißgeschicks, das Bulgarien getroffen habe, sei, so sagte Finanzminister Tontschew in einer öffentlichen Versammlung, das Bündnis mit Serbien gewesen, welches in seinen Grundlagen verfehlt war. Sodann sprach Minister des Auswärtigen Ghenadiew in einer dreistündigen Rede über die Ursachen des nationalen Unglücks und führte etwa aus: Als im September 1912 die Türkei mobil machte, habe der Generalkriegsrat trotz der Mängel, welche die Armee zeigte, erklärt, er verbürge sich für den Sieg. Der Krieg müsse aber kurz sein. Nachdem jedoch der Krieg ausgebrochen war, habe die Regierung dieser Warnung nicht geachtet, sondern die Friedensverhandlungen in London in die Länge gezogen. Die Regierung, die vor und nach dem Kriege von vielen Seiten vor den illoyalen Absichten der Verbündeten gewarnt worden sei, hätte rasch unter den von der Türkei nach der Schlacht bei Bala Burgas angebotenen Bedingungen Frieden schließen sollen. Die Türkei habe damals nur verlangt, daß sie im Besitze der Dardanellen und Konstantinopels belassen werde. Nach der Schlacht von Tschataldscha seien die Bedingungen schon weniger vorteilhaft, aber immer noch ausgezeichnet gewesen, und der Frieden hätte geschlossen werden können. Damals sei er, Ghenadiew, im Lager von Tschataldscha gewesen und habe Danew geraten, Frieden zu schließen, indem er ihm die Gefahr eines Angriffs von serbischer, griechischer und türkischer Seite vor Augen geführt habe. Die Regierung habe sich geweigert, Frieden zu schließen, und erst auf einen Bericht der Generale Sawow und Pitschew hin, die die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes begründeten, sei ein Waffenstillstand geschlossen worden. In diesem Augenblicke habe das Unglück Bulgariens begonnen. Die Regierung habe aus der glänzenden Lage, welche die bulgarischen Siege geschaffen hätten, keinen Nutzen zu ziehen gewußt, und es nicht verstanden, durch einen Friedensschluß mit der Türkei die Kräfte des Landes intakt zu halten und so weitere Komplikationen zu vermeiden. Nichtsdestoweniger habe sich eine neue Chance geboten. Der Bankier Ralschew sei vom Hauptquartier nach Konstantinopel gefandt worden und habe dort die Uebergabe Adrianopels durchgesetzt. Darüber habe sich Ministerpräsident Geschow verlegt gezeigt, und mit seiner Demission gedroht, da er sich nicht allein mit der Türkei verständigen wollte. Als am orthodoxen Weihnachtsfest General Sawow auf Einladung Rasim Paschas mit diesem und dem Minister des Auswärtigen Koradunghian eine Unterredung hatte, worin beide türkischen Staatsmänner in die Abtretung Adrianopels einwilligten, habe Geschow den Bericht Sawows über diese Un-

terredung unbeantwortet gelassen. Beim Abbruch der Londoner Verhandlungen habe Bulgarien die Vorteile eingebüßt, die es vor Tschataldscha erlangt hatte. So habe Bulgarien den zweiten Krieg gegen die Türkei begonnen, obwohl die Generale davon abrieten. Nach dem Falle Adrianopels hätte der Frieden sofort unterzeichnet werden können. Die Regierung habe sich jedoch durch Schwachzüge der Serben und der Griechen hinhalten lassen, die Vorbehalte machten zu dem einzigen Zweck, die Verhandlungen hinzuziehen und Bulgarien zu erschöpfen. Ohne die Intervention Grews hätten die Verhandlungen ewig dauern können. Ghenadiew schloß: Der Krieg mit Serbien und Griechenland ist nicht die Ursache des Unglücks Bulgariens gewesen. Das Unglück ist eine Folge der Art und Weise, wie der Krieg gegen die Türkei geführt wurde. Das Volk und die Armer Bulgariens habe ihre Pflicht getan. Seine Diplomatie war es, die alle Fehler begangen hat. Die jetzige Regierung ist in einem Augenblicke aus Ruhr gelangt, da alles gefährdet war. Sie hat die Hauptstadt vor der Invasion bewahrt. Sie hat die Ehre der Armee gerettet und von den Früchten ihrer Siege, was zu retten war. Die Regierung erbittet das Vertrauen der Wähler, um dem Lande seine Kraft wiederzugeben zu können.

Die Rede Ghenadiews hat in politischen Kreisen einen ungewöhnlich starken und nachhaltigen Eindruck gemacht. Im Publikum herrscht große Erregung gegen die früheren Regierungsparteien. Die Partei Geschows hielt am Sonntag gleichfalls eine Wahlversammlung ab, in der der frühere Minister Theodorow in längerer Rede auseinandersetzte, daß Russland keine Schuld an dem Unglück Bulgariens treffe. Theodorow verteidigte sodann die russophile Politik und wandte sich gegen die anti-russischen Strömungen in der bulgarischen Öffentlichkeit.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Dr. Solz und die Diamantenfrage. Bei einer Besprechung mit den südafrikanischen Diamantenförderern, die am Montag im Reichskolonialamt zu Berlin stattfand, erklärte Staatssekretär Dr. Solz, er sei zu dem Entschlusse gelangt, um möglichst hohe Preise für die Diamanten dauernd zu erzielen, der Marktlage Rechnung zu tragen. Er hoffe, daß sich die Marktlage schon zu Anfang 1914 erholen werde, halte es aber für nötig, kein zu starkes Angebot südafrikanischer Diamanten an den Markt gelangen zu lassen. Die zu treffenden Maßnahmen wurden mit den Förderern des längeren erörtert, und im Prinzip wurde völliges Einverständnis erzielt. Der Staatssekretär führte sodann aus, die Diamantenregie habe sich in ihrer letzten Zusammenkunft, wie die Erhebungen des letzten Jahres ergeben, nicht als zweckmäßig organisiert erwiesen. Im Aufsichtsrat sei durch

die überaus große Zahl seiner Mitglieder und ihre Gruppierung eine gute und schnelle Arbeit sehr erschwert worden. Da nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften aber der Reichskanzler die Verantwortung für die bestmögliche Verwertung der Diamanten trage, habe er sich entschlossen, die gesamten Regieanteile gemäß der Satzung der Regie für den südafrikanischen Fiskus einzuziehen. Er würde an Stelle des zu schwerfälligen Apparates einen neuen Aufsichtsrat berufen und rechne dabei nach wie vor auf die Mitwirkung der Förderer. Die Förderer betonten, daß auch sie die Regie in ihrer jetzigen Verfassung nicht als richtig organisiert betrachten könnten.

Der russische Ministerpräsident Sokolow ist in Berlin eingetroffen. An dem zu Ehren des russischen Ministerpräsidenten Sokolow und seiner Gemahlin vom russischen Botschafter Swerbejew veranstalteten Diner nahmen außer den Mitgliedern der Botschaft und deren Damen Reichskanzler von Bethmann-Hollweg mit Gemahlin, der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Kühn, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Zimmermann, Geheimrat Legationsrat Graf Wedel mit Gemahlin, der Direktor der Kreditkassette im russischen Finanzministerium, Damjew, der Sekretär des Finanzministers, Dorliak, mit Gemahlin und Baron Uerküll teil.

Der Fall Forstner. Die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, Leutnant Freiherr von Forstner habe in der Instruktionsstunde bei Besprechung der französischen Fremdenlegation eine beleidigende Äußerung über die französische Fahne getan, wird von zuständiger Stelle als unwahr bezeichnet. Die Äußerung hat sich vielmehr nach Aussage von 22 vernommenen Zeugen, unter denen 13 Offiziere waren, auf den Dienst in der französischen Fremdenlegation und nicht auf die französische Fahne bezogen. Gegen die Verbreiter der unwahren Behauptungen wird Strafanklage gestellt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Bevorstehende politische Rede Berchtolds. Am morgigen Mittwoch wird ein Empfang der beiden Delegationen durch den Kaiser stattfinden. An demselben Tage wird Graf Berchtold im Ausschusse der ungarischen Delegation sein Exposé über das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu den fremden Mächten und über seine Politik anlässlich der Ereignisse auf dem Balkan halten. Graf Berchtold will sich hierüber sehr eingehend aussprechen und auch darauf hinweisen, daß die Politik, die Rumänien jetzt eingeschlagen hat, Oesterreich-Ungarn nötigt, eine Politik des Anpassungsvermögens einzuschlagen und Sicherheiten zu gewinnen, die Oesterreich-Ungarn früher in solchem Maße nicht notwendig gehabt hat.

England.

Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand nach Windsor. Der österreichische Erzherzog Franz Ferdinand, der gemeinsam mit seiner Gattin am Sonntag der Königin Alexandra und der Prin-